



# 50 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung

Jubiläumsveranstaltung  
Bonn, 5. November 2005

Online-Dokumentation  
herausgegeben von der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Sankt Augustin, November 2005

Ansprechpartnerin:  
Uta Hellweg  
Pressesprecherin  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Tiergartenstraße 35, 10907 Berlin  
Telefon: +49 30 26996-3222  
E-Mail: [uta.hellweg@kas.de](mailto:uta.hellweg@kas.de)



# 50 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung

Jubiläumsveranstaltung  
Bonn, 5. November 2005

## Inhalt

### 1. Grußwort

*Prof. Dr. Horst Köhler*  
Bundespräsident

### 2. Dr. Angela Merkel

Vorsitzende der CDU Deutschlands und der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
(wird nachgereicht)

### 3. „Ordnungspolitischer Kompass – Eine Vision für die Konrad-Adenauer-Stiftung“

*Dr. h.c. Nikolaus Schweickart*  
Vorstandsvorsitzender der Altana AG

### 4. „Orientierung auf die Zukunft“

*Prof. Dr. Bernhard Vogel*  
Ministerpräsident a.D.  
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

### 5. Forum 1:

**Begabtenförderung als christliche Aufgabe**  
*S.E. Dr. Mario Fernández*  
Botschafter der Republik Chile

### 6. Bildliche Impressionen



**Sperrfrist: Redebeginn!  
Es gilt das gesprochene Wort!**

## **Grußwort**

### **Bundespräsident Horst Köhler**

**Festakt „50 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung“  
Samstag, 5. November 2005, 11.00 Uhr  
Plenarsaal des Deutschen Bundestags, Bonn**

"Ich habe mit meinem Hausarzt gesprochen, ein bis  
zwei Jährchen werde ich das machen können."

Das sagte Konrad Adenauer, als er bei einem Treffen in seinem Rhöndorfer Haus im August 1949 von Parteifreunden zum Kanzlerkandidaten der Union gekürt wurde.

Gut, dass er das mit den ein, zwei Jährchen in seiner rheinischen Art nicht so ganz wörtlich gemeint hat. Denn sonst hätte er wohl nicht sechs Jahre später maßgeblich dazu beitragen können, die "Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit" zu gründen, die dann schon bald zur "Politischen Akademie" samt Begabtenförderung ausgebaut wurde und seit 1964 Konrad-Adenauer-Stiftung heißt.

Der Einladung, heute mit Ihnen und mit Ihren Gästen aus dem In- und Ausland den 50. Geburtstag der Stiftung zu feiern, bin ich gerne gefolgt.

Blickt man auf die Karriere des Namensgebers, dann darf man die Voraussage wagen: Die besten Jahre liegen noch vor der Adenauer-Stiftung. Ihr Namenspatron jedenfalls war mit 50 Jahren noch lange nicht zu seiner Höchstform gelangt, auch wenn er damals schon seit fünf Jahren Präsident des Preußischen Staatsrates war, der zweiten Kammer des Preußischen Parlamentes.

Uns allen ist Konrad Adenauer vor allem als der erste Bundeskanzler ein Begriff und als der Mann, der seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern auf unnachahmliche Weise Zuversicht und neues Selbstvertrauen gegeben und die junge Bundesrepublik auf einen guten Kurs gebracht hat.

Vor drei Wochen war ich in Friedland, um mit vielen Zeitzeugen einer seiner großen Leistungen zu gedenken: der Heimholung der letzten deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten aus der Sowjetunion. Es war bewegend, wie lebendig die Dankbarkeit dieser Menschen und ihrer Familien ist.

Möglich wurden Erfolge wie der von Moskau durch die Art, wie Adenauer die junge Bundesrepublik Deutschland im Ausland repräsentierte und die Werte und Interessen des jungen, demokratischen Deutschlands vertrat: im Bewusstsein der deutschen Verantwortung, auf Verständigung bedacht, ohne Schärfe, aber mit Bestimmtheit in der Sache.

Das galt für seine legendäre Moskau-Reise, für seinen Dialog mit David Ben-Gurion und den schrittweisen Aufbau von Beziehungen zu Israel und für eine weitere historische Leistung Konrad Adenauers: für die Aussöhnung mit Frankreich, die zum Grundstein der europäischen Einigung wurde.

Das Anliegen internationaler Verständigung und Partnerschaft, das Konrad Adenauer so klug verfolgte, führt die Adenauer-Stiftung erfolgreich fort. Der Austausch und die Zusammenarbeit mit Menschen aus aller Welt war von Anfang an ein Schwerpunkt der Stiftung. Schon 1962 wurde ihr "Institut für Internationale Solidarität" gegründet. Zwei Jahre später war die Stiftung bereits in acht süd- und mittelamerikanischen Staaten vertreten und schloss dort Partnerschaften mit christlich-demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften und Bildungseinrichtungen.

Die Stiftung gehörte damit zur entwicklungspolitischen Avantgarde: Erst 1961 hatte die Bundesrepublik Deutschland selber ein Ministerium für die Zusammenarbeit mit den Ländern in Afrikas, Asiens und Lateinamerikas geschaffen – und das damals als erster westlicher Staat. Die Konrad-Adenauer-Stiftung begleitete diese wegweisende Politik praktisch von Anfang an – ebenso wie dann auch die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung und alle politischen Stiftungen.

Es ging bei der Auslandsarbeit im besten Sinne um Solidarität. Die Konrad-Adenauer-Stiftung nahm und nimmt dabei in starkem Maße Bezug auf das von Oswald von Nell-Breuning beschriebene Prinzip der Subsidiarität: Betroffene und Benachteiligte in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik sollten Hilfe erhalten, um ihre eigenen Ideen umsetzen und selbst Verantwortung für ihre Projekte übernehmen zu können. Die Stiftung leistet darum zuallererst Beratungshilfe. Diese Art der internationalen Zusammenarbeit und, wenn nötig, Hilfestellung, bedeutete damals eine kopernikanische Wende. Die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung trug auf diese Weise sehr zur Glaubwürdigkeit der westdeutschen Politik im Ausland bei.

Ein weiteres bedeutendes Datum für die internationale Arbeit der Stiftung war die erste Direktwahl des Europaparlaments im Jahr 1979. Die Konrad-Adenauer-Stiftung begann damals damit, Außenstellen auch in den westeuropäischen Ländern und in den USA aufzubauen und die politische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den westlichen Demokratien zu vertiefen. Diese Arbeit ist heute so wichtig wie nur je. Das zeigen die Kontroverse um die Europäische Verfassung und die leider wachsende Entfremdung der Menschen gegenüber den europäischen Institutionen. Gerade auf diesem Feld ist die Arbeit der politischen Stiftungen jetzt besonders gefordert.

Die wohl größte Zäsur für die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung brachte das Jahr 1989. Am 10. November 1989, einen Tag nach dem Mauerfall, eröffnete sie im Warschauer Schloss ihre erste Außenstelle in Mittel- und Osteuropa.

Die Entscheidung, nach Polen zu gehen, fiel natürlich nicht über Nacht. Am zeitlichen Zusammentreffen der beiden Ereignisse kann man aber ablesen, dass die Stiftung die Zeichen der Zeit längst erkannt hatte. Bald nach 1989 kamen Büros in der damaligen Sowjetunion, in Ungarn, in der tschechischen und der slowakischen Republik, in den baltischen Ländern, in Bulgarien, Rumänien und in den Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien hinzu.

Die Stiftung setzt heute etwa die Hälfte ihrer Haushaltssmittel für die internationale Arbeit ein. Bei den anderen politischen Stiftungen ist das ähnlich. Ich begrüße dieses Engagement sehr. Wie Sie wissen, liegt mir die Entwicklungszusammenarbeit besonders am Herzen: Heute Nachmittag werde ich die erste Konferenz der von mir initiierten Initiative "Partnerschaft mit Afrika" auf dem Petersberg eröffnen. Ich sehe den Gesprächen dort bereits mit Freude und Neugierde entgegen.

Die Auslandsarbeit der politischen Stiftungen ist wertvoll für unser Land, denn sie trägt wesentlich dazu bei, Einblicke in fremde Länder und Kulturen zu gewinnen und das Bild zu vervollständigen und zu bereichern, das uns Diplomaten und Wirtschaftsdelegationen vermitteln. Die politischen Stiftungen haben nämlich im Ausland einen anderen und nicht selten einen noch direkteren Zugang zu den Menschen, als ihn die diplomatischen Vertretungen haben können.



Die politischen Stiftungen tragen aber nicht nur dazu bei, im Ausland Einsichten zu gewinnen; sie vermitteln dort auch Einsichten – Einsichten in die Werte und Grundsätze, die unser Zusammenleben in Deutschland tragen, und Einsichten in die Überzeugungen, für die wir Deutsche stehen.

Das Interesse daran ist gerade in dieser Zeit weltweiten Umbruchs groß – und als ehemaliger Geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds ich weiß, wovon ich spreche. In vielen Staaten wird darüber nachgedacht, wie unter den Bedingungen der Globalisierung ein zukunftsweisender Gesellschaftsvertrag aussehen kann. Deutschland hat auf diesem Gebiet viel zu bieten: das Modell der Sozialen Marktwirtschaft zum Beispiel, die Erfahrungen beim Aufbau seiner freiheitlichen Demokratie und seinen guten Beitrag zur europäischen Integration. Diesen Erfahrungsschatz sollten wir pflegen und auch anderen zugänglich machen. Ich wünsche mir, dass das gerade die politischen Stiftungen mit Verve und mit Selbstbewusstsein tun. Und ich weiß durch meine vielen Begegnungen mit ausländischen Gesprächspartnern, dass dies im Ausland auch erwartet wird. Wir machen noch zu wenig aus unserem Erfahrungsschatz und unserem guten Ruf im Ausland.

Sehr geehrte Damen und Herren, neben der Internationalen Zusammenarbeit ist die Förderung des akademischen Nachwuchses aus dem In- und Ausland der wichtigste Schwerpunkt der Stiftungsarbeit. Dass auch die Begabtenförderung dieses Jahr ihr 40-jähriges Bestehen feiert, soll deshalb nicht unerwähnt bleiben.

Konrad Adenauer sagte einmal: "Wir müssen in Deutschland wieder eine Schicht von Gebildeten schaffen. Ich spreche absichtlich von Bildung und nicht von Wissen. Die Bildung steht höher als das Wissen." Diese Aufgabenbeschreibung ist immer noch aktuell. Ich möchte Sie ermutigen, an diesem Bildungsverständnis auch in Zukunft festzuhalten und es in die Gesellschaft zu tragen.

Der Soziologe Norbert Elias hat Bildungsarbeit als Fackellauf beschrieben: Man nimmt die Fackel von den vorangehenden Generationen, trägt sie ein Stück weiter und gibt sie ab in die Hände der nächstfolgenden Generation. Die Arbeit der vorangehenden Generation wird dadurch, so Elias, nicht vernichtet. Vielmehr ist sie die Voraussetzung dafür, dass die späteren Generationen über sie hinauskommen können. Auch in der Bildungsarbeit ist ein funktionierender Generationenvertrag unabdingbar.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ermuntert junge Menschen dazu, von ihren geistigen Gaben mit wachem Bürgersinn Gebrauch zu machen, sich für das Gemeinwohl zu engagieren und politische Verantwortung zu übernehmen. Die Liste der Altstipendiaten, die diesen Erwartungen gerecht geworden sind, ist ausgesprochen ansehnlich – und auch das hat unserem Land gut getan und ihm in aller Welt Freunde gewonnen.

So leistet die Stiftung seit nun einem halben Jahrhundert einen unverzichtbaren Beitrag für Freiheit und Gerechtigkeit. Ich danke allen, die dazu beigetragen haben und weiter beitragen; und ich wünsche der Konrad-Adenauer-Stiftung auch weiterhin viel Erfolg.

\*\*\*



**Sperrfrist: Redebeginn!  
Es gilt das gesprochene Wort!**

**„Ordnungspolitischer Kompass –  
Eine Vision für die Konrad-Adenauer-Stiftung“**

**Rede**

**Dr. Nikolaus Schweickart,  
Vorstandsvorsitzender ALTANA AG**

**Festakt „50 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung“  
Samstag, 5. November 2005, 11.00 Uhr  
Plenarsaal des Deutschen Bundestags, Bonn**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Im vergangenen Juli unterzog ein renommierter Wirtschaftsjournalist das seiner Ansicht nach „unterphilosophierte“ Wahlprogramm der Union einer harschen Kritik und verband damit die Bemerkung:

„Was unterscheidet konservative Politik von liberaler Politik? Was unterscheidet sie vom Etatismus der Linken? Das sind für die Union heute nur noch Feiertagsfragen, geeignet allenfalls für Festreden bei der Konrad-Adenauer-Stiftung“.

Damit immerhin machte dieser Journalist einer mit der Stadt Frankfurt verbundenen Sonntagszeitung deutlich, dass als eigentlicher Ort politischer Grundlagenreflexion in diesem Land eine Veranstaltung wie die heutige anzusehen ist. Das muss jedem Festredner schmeicheln, setzt ihn aber zugleich unter Druck. Ich vermag mich diesem Druck allenfalls insofern zu entziehen, als ich hier nicht über das Proprium christlich-demokratischer oder konservativer Politik nachzudenken habe, sondern die künftige Rolle der Konrad-Adenauer-Stiftung bei der Wahrung und Weiterentwicklung dieses Propriums thematisieren werde: Ein ordnungspolitischer Kompass – eine Vision für die Zukunft.

Ganz ohne Grundlagenreflexion wird das allerdings nicht gehen. Wenn ich gerade erklärt habe, die künftige Rolle der Stiftung ins Zentrum meiner Ausführungen zu stellen, so ist damit zugleich deutlich gemacht, worüber ich nicht zu sprechen gedenke. Jubiläen sind Anlass für vergewissernden Rückblick und sondierende Vorausschau. Für den Rückblick jedoch sind Andere geeigneter als ich. Ich bin nicht hierher gekommen, um Zensuren für geleistete Arbeit zu vergeben – auch wenn ich selbstverständlich um die großen Verdienste und Erfolge der Konrad-Adenauer-Stiftung weiß.

Das Bild einer möglichen Zukunft der Konrad-Adenauer-Stiftung, das zu entwerfen ich gerne bereit bin, ist das Bild eines unternehmerisch tätigen Staatsbürgers, der sich über die Beschäftigung mit Bilanzen, Kapitalmarktkennzahlen und der langfristigen Schaffung von Werten jenseits des optimierten Shareholder Values den Blick für die res publica zu bewahren sucht. Dieser Blick ist von außen auf die Stiftung gerichtet, allerdings nicht von der Plattform eines Außenseiters, sondern von der eines politisch engagierten Unternehmers und Managers, der seit 40 Jahren Mitglied einer politischen Partei, der CDU, ist – übrigens einer der ganz wenigen unter den Vorstandsvorsitzenden der DAX30-Unternehmen – und sich zu dieser Mitgliedschaft auch bekennt.

In dem Zerrbild des heimatlosen, aussaugenden Turbokapitalisten, das Vertreter einer der Adenauer-Stiftung fern stehenden Partei von Unternehmern entworfen haben, in diesem Zerrbild erkenne ich mich – aber auch die allermeisten meiner Kollegen – nicht wieder. Ich verstehe mich und auch das von mir geführte Unternehmen, die ALTANA AG, als Teil der Polis, als Akteur einer Freiheitsordnung, von deren langfristiger Stabilität wir alle profitieren. Kurzum: Mir ist als Mann der Wirtschaft der Zustand unseres Gemeinwesens nicht gleichgültig und deshalb werde ich hier von dieser für die Bundesrepublik Deutschland so historischen Stätte vor allem darüber nachdenken, welchen Beitrag die Konrad-Adenauer-Stiftung zur Entwicklung unserer Freiheitsordnung leisten kann.

Sie alle kennen Helmut Schmidts etwas verächtliches Dictum über Visionen. Wenn ich meinen Vortrag dennoch unter diesen Leitbegriff stelle, will ich damit nicht meine medizinische Behandlungsbedürftigkeit anzeigen, sondern meiner Überzeugung Ausdruck verleihen, dass man Handlungsnotwendigkeiten nur dann überzeugend vermitteln kann, wenn man eine Idee, eine Vorstellung von Zukunft besitzt, die sich erklären und darstellen lässt und aus der sich konkrete Ziele ableiten lassen.

Gestatten Sie mir hierzu ganz pragmatisch einen Blick auf die Startbasis, auf die gegenwärtige Struktur der Stiftung, also einen nüchternen kaufmännischen Blick auf den im Jahresbericht ausgewiesenen Haushalt der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Von den rund 100 Millionen Euro, die der Stiftung in 2004 zur Verfügung standen, entfielen 35 Millionen auf Personal- und Verwaltungskosten. Damit blieben 65 Millionen für die Projektarbeit der Stiftung. Davon wiederum waren etwa 50 Millionen dem Bereich Internationale Zusammenarbeit und 9,5 Millionen Euro der Begabtenförderung zugewiesen. Die verbleibenden 5,5 Millionen teilten sich die Bereiche Politische Bildung, Wissenschaftliche Dienste sowie Politik und Beratung.

Berücksichtigt man darüber hinaus die regionalen Schwerpunkte der Internationalen Zusammenarbeit lässt sich – zugegeben etwas provokativ – sagen, dass es sich bei der Konrad-Adenauer-Stiftung von heute um eine Trägerorganisation politischer Entwicklungshilfe mit einigen beigeordneten Arbeitsbereichen handelt.

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Die überaus erfolgreiche internationale Arbeit der Stiftung etwa in der Begleitung der Demokratisierungsprozesse in Spanien, Portugal, Chile, Fern-Ost und anderen Ländern ist mir sehr wohl bewusst. Und als Vorstandsvorsitzender eines Unternehmens, dessen Auslandsanteil am Geschäftsvolumen über 80 Prozent beträgt, wäre ich der Letzte, der die Notwendigkeit, in den Kategorien internationaler Zusammenhänge zu denken, gering schätzen würde. Dennoch ist die eben dargelegte Aufteilung des Haushalts für den Außenstehenden überraschend. Sie ist vor allem deshalb überraschend, weil man angesichts der Herausforderungen, vor denen unser Land heute steht, vermuten würde, dass den auf Deutschland bezogenen Schwerpunkten größeres Gewicht im Gefüge der Stiftung zukommt.

Natürlich will ich damit nicht andeuten, dass es sich inzwischen auch bei Deutschland um ein Entwicklungsland handelt. Wenn man den Begriff des Entwicklungslandes aber im übertragenen Sinne versteht, als Bezeichnung eines Landes, das die in ihm angelegten Entwicklungschancen noch nicht zur vollen Entfaltung gebracht hat, das hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt, das noch vor dem Aufbruch steht – dann ließe sich durchaus an Deutschland denken. Dann ließe sich aber auch mit einem Recht fragen, ob es nicht geboten ist, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung die Zukunft des eigenen Landes wieder stärker ins Zentrum ihrer Arbeit stellt. Dass man dabei internationale Bezüge nicht ausblenden kann, ist in Zeiten entgrenzter und vernetzter Welt selbstverständlich.

Der verehrte Herr Bundespräsident hat die Situation Deutschlands bei der Begründung seiner Entscheidung, den Deutschen Bundestag aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen, mit schonungsloser Klarheit benannt. Damit ist der Prospekt beschrieben, auf den sich jedes Nachdenken über die Zukunft der Konrad-Adenauer-Stiftung beziehen muss.

Betrachtet man die geistige Situation des bürgerlichen Lagers – also jene möglicherweise schwindenden breiten gesellschaftlichen Schichten, die den Kern der Anhängerschaft der Christlich-Demokratischen Union ausmachen – so fällt auf, wie sehr das christlich-demokratische Lager die semantische Deutungshoheit ureigener Begriffe an die politischen Kräfte der Gegenseite verloren hat. Die Sozialdemokratisierung der Politik, ja der Gesellschaft, ist schleichend, aber nachhaltig fortgeschritten. Das Koordinatensystem, das Leitbegriffe und Leitüberzeugungen spiegelt, hat sich merklich verschoben. Ludwig Stiegler erläutert einer staunenden Öffentlichkeit die soziale Marktwirtschaft, Franz Müntefering bezeichnet das Reformprogramm der Union als Verrat an der Katholischen Soziallehre und Gerhard Schröder erklärt die SPD zur Partei der Sozialen Gerechtigkeit – und wir dürfen sicher sein, dass die Erbwalter des sozialdemokratischen Traditionsvereins diesen semantischen Eroberungsfeldzug fortsetzen werden. Im Gegenzug müsste vielmehr die christlich-demokratische Seite nun den Kampf um Begriffe, um ihre Deutungshoheit aufnehmen.

- Sie müsste, ja sie muss deutlich machen, dass der Stiegler'sche Staatsinterventionismus nicht das Geringste mit dem Erhard'schen Erfolgsmodell sozialer Marktwirtschaft zu tun hat,
- Sie müsste deutlich machen, dass Müntefering Solidarität mit Bevormundung verwechselt und völlig übersieht, dass im Mittelpunkt der Katholischen Soziallehre der freiheitsbegabte, mit personaler Würde ausgestattete und damit zu eigenverantwortlichem Handeln fähige Mensch steht und nicht der die Segnungen des Staates empfangende Untertan.
- Und sie müsste deutlich machen, dass ein System, das die Fiktion der Gleichheit auf dem Rücken von fünf Millionen Arbeitslosen und kommenden Generationen aufrecht erhält, in keiner Weise sozial gerecht ist.

Statt dessen jedoch geht – in weiten Teilen – das bürgerliche Lager in die Defensive, weicht zurück, jongliert mit überholten Vorstellungen – kurzum lässt sich von der anderen Seite Begriffe nehmen, ohne diese selbst zu definieren und zu aktualisieren. Sicher ist die Barrikadenstürmerei, zu der ein bekannter Wissenschaftler und Publizist vor einiger Zeit aufgerufen hat, bürgerlicher Lebenshaltung wesensfremd. Das kann aber nicht heißen, sich seines Propriums kampflos zu begeben. Die Gründungspersönlichkeiten, die aus den materiellen aber auch moralischen Trümmern unseres Landes geborenen Union, haben mit Leidenschaft für diese Überzeugung gekämpft, weil sie am eigenen Leibe erfahren haben, was es heißt, in Unfreiheit zu leben.

Das gilt insbesondere auch für Konrad Adenauer. Bei aller notwendigen taktischen Biegsamkeit im Einzelnen hat der Namenspatron der Stiftung, deren Jubiläum wir heute feiern, nie den weltanschaulichen und geistigen Horizont aus dem Blick verloren, der den Fluchtpunkt seines politischen Handelns bildete. Im Mittelpunkt seines Denkens steht der von Gott geschaffene und zum Schöpfen begabte Mensch und die Bewahrung seiner nicht nur von außen, sondern gerade auch von innen heraus bedrohten Freiheitsräume. Adenauers frühe Reden nach dem Krieg lesen sich auch heute noch wie ein Fanal gegen die romantisch verklärte, im Kern freiheitsopfernde Vorstellung eines allzuständigen bevormundenden Staates. Ich zitiere aus einer Rede, die Konrad Adenauer im März 1946 im Nordwestdeutschen Rundfunk gehalten hat:



„Das deutsche Volk krankt seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung vom Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson. Es hat den Staat zum Götzen gemacht und auf den Altar erhoben. Die Einzelperson, ihren Wert und ihre Würde hat es diesem Götzen geopfert...“

Hier finden Sie den Ausgangspunkt ordnungspolitischen Denkens: Im Mittelpunkt der Politik steht der Mensch und nicht der Staat. Der Staat verteidigt die Freiheit des Einzelnen gegen Übergriffe von außen und schafft durch seine Ordnung Gestaltungsräume der individuellen Freiheit. Auch die Marktwirtschaft ist ein solcher Gestaltungsraum individueller wirtschaftlicher Freiheit, in dem die Fortschrittskräfte des Wettbewerbs von staatlichen Fesseln befreit und zugleich vor marktverzerrenden Kräften geschützt werden. Gerecht ist eine solche Ordnung dann, wenn niemand von der Wahrnehmung seiner Freiheitsmöglichkeiten ausgeschlossen wird und diejenigen, die aus eigener Kraft nicht zur Freiheitswahrnehmung in der Lage sind, durch die Gemeinschaft dazu ertüchtigt werden. Sie ist aber ungerecht, wenn sie durch umverteilende Intervention die individuelle Ungleichheit von Menschen einzuebnen versucht und damit Fortschrittsstreben erstickt.

Bereits in seinen hellsichtigen „Betrachtungen über die Demokratie in Amerika“ hat der große französische Staatsdenker Alexis de Tocqueville die Gefahren einer egalitären Erosion demokratischer Staaten erkannt und dagegen bekannt:

„Ich aber behaupte, dass es nur ein wirksames Mittel gibt, um die Übel, die die Gleichheit hervorbringen kann, wirksam zu bekämpfen: die politische Freiheit“.

In den offenkundigen Schwierigkeiten bei manchen Vertretern der Union, eine solche Freiheitsordnung politisch auszubuchstabieren und das ordnungspolitische Erbe der Partei mit der nötigen Wortmacht offensiv zu artikulieren, sehe ich die große Herausforderung für die künftige Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung der Zukunft sollte sich verstehen als das intellektuelle Fundament für eine christlich-demokratische Erneuerungs-politik unseres Landes und den Kampf um die Deutungshoheit politischer Leitbegriffe führen. Sie muss die geistige Avantgarde des bürgerlichen Lagers versammeln und ihr Entfaltungsmöglichkeiten geben. Auf diese Weise kann das christlich-demokratische Lager auch Persönlichkeiten, auch junge Leistungsträger gewinnen, die sich durch Ambiente und Rituale einer Ortsverbandssitzung – sagen wir in Reinickendorf oder Bonn-Poppelsdorf – nicht zwingend ansprechen lassen.

Sie muss – wenn Sie mir diesen bildlichen Ausflug in das Bauwesen gestatten – durch ihre Grundlagenarbeit das ordnungspolitische Feld planieren, auf dem sich dann die für unser Land notwendigen Reformgebäude errichten lassen. Aber auch an den Bauplänen dieser Gebäude muss die Stiftung mitarbeiten. Künftige der wegweisenden Arbeit der Herzog-Kommission vergleichbarer Diskussionsprozesse über konkrete politische Reformnotwendigkeiten wie die sozialen Sicherungssysteme, die Arbeitsmarktverfassung oder die Unternehmensverfassung angesichts globaler Märkte sollten in Zukunft durch die Stiftung initiiert, moderiert und formuliert werden.

Kurz: Deutschland braucht einen christlich-demokratischen Think-Tank und nicht irgend einen!



Hierzu sollte sich die Stiftung auch an der erfolgreichen Arbeit ausländischer Think-Tanks orientieren: an der Heritage Foundation in den USA und deren Einfluss auf das Regierungsprogramm der Reagan-Administration – Stichwort: Mandate for Leadership –, oder am Centre for Policy Studies in England unter Keith Joseph, das als intellektueller Wegbereiter der Thatcher-Revolution gilt oder auch am „Wissenschaftlichen Institut“ des niederländischen CDA, das mit kleiner Besetzung ganz maßgeblich daran beteiligt ist, den langfristigen Kurs christlich-demokratischer Politik in den Niederlanden zu bestimmen.

Folgt die Konrad-Adenauer-Stiftung diesen Beispielen, muss ihre Arbeit weniger auf akademische Sachstandserhebung ausgerichtet sein, als vielmehr auf progressive Themensetzung, die auf politische Entscheidungsträger und deren Umfeld zielt. Mit der Veröffentlichung einer „Internen Studie“ oder gar der Organisation eines Kongresses wird die eigentliche Arbeit nicht abgeschlossen, sondern beginnt erst.

Ich sehe die Konrad-Adenauer-Stiftung der Zukunft als einen Motor der Veränderung, die – in langfristigen und nicht in tagespolitischen Dimensionen denkend – Politik mit weltanschaulichem und werteorientiertem Visier vorantreibt und nicht nachträglich wissenschaftliche Begründungen für möglicherweise inkonsistentes politisches Handeln liefert. Analytiker und Analysten haben wir genug in unserem Land. Die Stiftung muss sich m. E. – und damit nehme ich den Titel meines Vortrages auf – als ordnungspolitischer Kompass begreifen, der christlich-demokratischer Politik geistige Richtung und Orientierung gibt, als eine politische Stiftung, die vorausdenkt.

Lassen Sie mich kurz einige Bereiche benennen, in denen eine solche geistige Orientierung durch die Konrad-Adenauer-Stiftung wichtig wäre:

- Die Stiftung sollte christlich-demokratische Leitplanken formulieren über die künftige Rolle des Staates – und zwar ganz im Sinne des eben von mir genannten Adenauer-Zitats. Wie viel Staat ist notwendig, um Freiheit in Ordnung zu sichern und wo beginnt staatliche Intervention bürgerlicher Freiheitsentfaltung den Atem zu nehmen? Es geht also um das richtige Maß an Staat und nicht um die Abschaffung des Staates, wie wahlkämpfende Sozialdemokraten dem vermeintlich kalt marktradikalen bürgerlichen Lager immer wieder vorwerfen.
- Die Stiftung sollte nachdenken und Position beziehen zur Rolle der Gesellschaft, der Civil Society. Wie kann diese Gesellschaft als Verantwortungsgemeinschaft gestaltet und gestärkt werden, die vom Prinzip der Subsidiarität geleitet, aufgrund größerer Sachnähe eigenverantwortlich und ohne staatliche Bevormundung Angelegenheiten ihres unmittelbaren Lebenskreises regelt.
- Dieser doch sehr gegenwartsbezogenen Gesellschaft muss der Gedanke einer Zukunftsgemeinschaft vermittelt werden, deren Verantwortung sich nicht in Bestandsicherung und Besitzstandswahrung erschöpft, sondern auch die Zukunftschancen kommender Generationen berücksichtigt. Und wie lässt sich in einer immer stärker durch Individualisierung gekennzeichneten Gesellschaft mit einer stark eigennützigen Orientierung richtig verstandene Solidarität beleben – nicht als Bevormundung, sondern als Ermächtigung und Ertüchtigung derjenigen, die das Tor zum „Garten der Freiheit“ (Paul Kirchhof) aus eigener Kraft nicht aufstoßen können.

- Die Stiftung sollte nachdenken und Positionen formulieren über die Rolle von Unternehmen und ihr Verhältnis zu Politik und Gemeinwesen. Damit meine ich nicht das „Sponsoring“ von örtlichen Schwimmbädern oder Sportveranstaltungen – so wichtig auch das sein mag -, sondern sehr viel fundamentaler die Beteiligung von Unternehmen und Unternehmern am Diskurs über die Fortentwicklung unserer Freiheitsordnung und Wissensgesellschaft. Unternehmen sind gestaltende Träger unserer Zivilgesellschaft; als solche haben sie eine ethische Verpflichtung, als Good Corporate Citizen die zivilisatorische und kulturelle Qualität des Gemeinwesens mit zu gestalten und zu finanzieren. Auch Unternehmen – so könnte man in Abwandlung des bekannten Böckenförde-Zitats sagen – leben von Voraussetzungen, die sie selbst nicht geschaffen haben und die sie nicht garantieren können – zu deren Stabilität sie aber sehr wohl einen Beitrag leisten können.
- Die Stiftung sollte nachdenken über die künftige Ausformulierung globaler Ordnungspolitik. Wenn der Staat im Zuge der Globalisierung nicht mehr alleiniger Ort und Garant eines ordnungsethischen Rahmens ist, stellt sich die Frage, wie sich das Prinzip der „Lebensdienlichkeit“ des Marktes – so die Formulierung von Wilhelm Röpke –, aber auch der Schutz der für wirtschaftliche Freiheitsbetätigung grundlegenden Institute wahren lässt, insbesondere des Eigentums und damit auch des geistigen Eigentums in einer Wissensgesellschaft. Ebenso ginge es um die Herausforderung, die von der Gier Einzeller hervorgerufenen Verwerfungen internationalen Wirtschaftslebens zu begrenzen und auszuschlachten. Hier wäre insbesondere der mögliche Beitrag von Unternehmen zu einem Konzept des „verantwortlichen Kapitalismus“ im Ordnungsgefüge der Sozialen Marktwirtschaft (USA: compassioned capitalism) zu thematisieren. Nicht nur Eigentum verpflichtet, auch Erfolg verpflichtet.
- Die Stiftung sollte in diesem Zusammenhang auch nachdenken über die Entwicklung ethischer Prinzipien unter den Bedingungen der Globalisierung. Am Beispiel der biotechnologischen Forschung lässt sich deutlich machen, wie die Entgrenzung wirtschaftlichen Handelns und die damit verbundene nahezu freie Standortwahl ethische Grenzen in unserem Kulturraum unterlaufen können. Wenn beispielsweise die embryonale Stammzellenforschung in Deutschland verboten, in Korea, China und möglicherweise in Kalifornien erlaubt ist oder wird, ergibt sich für forschende internationale Unternehmen und Organisationen, die in die abendländische Werteordnung eingebunden sind, eine gewaltige Konfliktsituation. Wie lassen sich grundlegende ethische Prinzipien vor diesem Hintergrund wahren, also die Ethik globalisieren, und gleichzeitig mit den Notwendigkeiten forschungsgtriebenen Fortschritts versöhnen?
- Schließlich könnte und sollte die Stiftung über die künftige Funktion von Eliten für unsere Gesellschaft nachdenken. Bewusst berücksichtigen Sie bei der Auswahl der Stipendiaten Ihres Begabtenförderwerks nicht nur die fachliche Qualifikation, sondern vor allem auch das gesellschaftliche Engagement und die moralische Integrität. Ein solches Eliteverständnis – Leistungs- und Verantwortungselite - verdient in einer Gesellschaft, die den Begriff der Elite vorwiegend materiell und damit überaus kurzsichtig definiert, sehr viel größere Verbreitung.

Betrachte ich die unterschiedlichen Bereiche der Stiftung, so sehe ich die Funktion eines ordnungspolitischen Kompasses am ehesten in der Hauptabteilung „Politik und Beratung“, dem Think-Tank der Stiftung, aufgehoben. Noch nimmt dieser Bereich – so will mir scheinen (Haushalt) – eine eher randständige Rolle ein. In meinem Stiftungsmodell der Zukunft würde ich ihn vom Rand ins Zentrum rücken und die anderen Bereiche nicht monolithisch daneben stellen, sondern auf dieses Zentrum beziehen. Mir schwebt, wenn Sie so wollen, ein integriertes Stiftungsmodell vor. Lassen Sie mich dieses kurz anhand der unterschiedlichen Bereiche erläutern:

Der Bereich Internationale Zusammenarbeit sollte künftig erfolgreiche Reformmodelle im Ausland hinsichtlich der Übertragbarkeit einzelner Elemente auf Deutschland analysieren und im permanenten Dialog mit deutschen Politikern entsprechende Empfehlungen formulieren und kommunizieren: Vom Export demokratischer Regeln zum Import praktizierter Zukunftsprofile. Das setzt allerdings auch Außenstellen in Ländern voraus, die in dieser Hinsicht besonders interessant sind, also etwa in Skandinavien und vielleicht sogar in Neuseeland. Darüber hinaus sollte sich dieser Bereich darum bemühen, die bereits existierende Zusammenarbeit mit internationalen Think-Tanks des bürgerlichen Lagers stark auszubauen. Insgesamt gilt für die Internationale Zusammenarbeit, dass sie stärker auf die strategischen deutschen Interessen ausgerichtet werden und weniger die Aufgabe verfolgen sollte, Traditionen und kulturelle Sympathien zu pflegen.

Der Bereich Politische Bildung müsste die künftig von der Stiftung entwickelten Leitbegriffe und Reformansätze sowie deren ordnungspolitische Begründung in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellen. Dabei wird es insbesondere darum gehen, jene zu erreichen, die vor Freiheit und Eigenverantwortung zurückschrecken. Bildungsarbeit ist in diesem Kontext auch als „Ermutigung zur Freiheit“ zu verstehen. Darüber hinaus sollten Landes- und Bundespolitiker stärker als bislang Adressaten der politischen Bildungsarbeit der Stiftung sein. Die Immunität, die der Abgeordnete durch sein Mandat erlangt, bezieht sich schließlich nicht auf die Notwendigkeit lebenslangen Lernens. Ganz konkret muss es darum gehen, den Mandatsträgern der Union zu einer ordnungspolitischen Argumentationsfähigkeit zu verhelfen, ohne die sich die Auseinandersetzung um Leitbegriffe nicht führen lässt.

Ein ehemaliger Ministerpräsident berichtete mir einmal von einer Fabrikbesichtigung im Osten unseres Landes kurz nach der Wende. Ein Arbeiter habe ihn bei dieser Gelegenheit gefragt, wozu man eigentlich Privateigentum brauche. Besagter Ministerpräsident war in der Lage, zu diesem Thema stehenden Fußes eine Vorlesung zu halten, aber ich fürchte, dass zu viele Politiker des bürgerlichen Lagers diese Frage aus dem Stehgreif nicht schlüssig beantworten können. Und Gleicher dürfte für andere Grundbegriffe freiheitlicher Ordnung gelten. Idealerweise müsste jeder Parlamentskandidat also vor seinen ersten Auftritten, das Angebot der Konrad-Adenauer-Stiftung annehmen, seine politische Diskursfähigkeit zu trainieren.

Auch der Bereich der Begabtenförderung hätte in meiner Stiftung der Zukunft eine erweiterte Aufgabe: Ich bin der Auffassung, dass Stipendiaten und Altstipendiaten, die in diesem Bereich betreut werden, sehr viel stärker in die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung einbezogen werden sollten. Insbesondere sollten sie beteiligt werden am Nachdenken über Zukunftsfragen und als Multiplikatoren für die von der Konrad-Adenauer-Stiftung entwickelten Reformprogramme. Der Arbeitskreis „Junge Außenpolitik“, der Stipendiaten mit erfahrenen außenpolitischen Experten und Praktikern zusammenbringt, ist hier wegweisend.

Das Potenzial der Stipendiaten wird bislang noch unzureichend genutzt, obwohl diese vielleicht besonders geeignet sein könnten, in Alternativen zu denken und die in jeder gefestigten Institution von Zeit zu Zeit auftretende Betriebsblindheit zu überwinden.

Auch die Arbeit des Bereichs Wissenschaftliche Dienste lässt sich auf den inhaltlichen Kern einer künftigen Stiftung beziehen. Die Historische Forschung etwa sollte das Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“ und deren Klassiker sowie Protagonisten zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen. Auch damit könnte ein Beitrag geleistet werden, den Begriff nicht der beliebigen Ausweitung durch andere politische Richtungen preiszugeben.

Um diese Ziele erreichen zu können, sollte sich die Stiftung – operativ – vom Konzept des großen Apparates trennen und sich auf eine sehr viel schlankere Organisation hochqualifizierter Mitarbeiter stützen, die themenbezogen und zeitlich befristet um „Fellows“ aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft ergänzt werden. Mit dem Ideal des Öffentlichen Dienstes lässt sich eine solche Stiftungsorganisation nur noch bedingt vereinbaren. Daher, so meine Vorstellung, sollte die Konrad-Adenauer-Stiftung auch mit dem Begriff der „Stiftung“ ernst machen und sich durch ein professionell und international angelegtes Fundraising um den Aufbau eines echten Stiftungsvermögens bemühen. Dadurch wird die Abhängigkeit von öffentlichen Mittelzuweisungen mit ihren einschränkenden Auflagen zurückgeführt und langfristig aufgehoben. Dadurch lassen sich gleichzeitig Freiräume sowohl für die Rekrutierung besonders hochqualifizierter Absolventen wie für eine eindeutiger weltanschaulich und werte-orientierte Arbeit schaffen – eben für einen christlich-demokratischen Think-Tank. In meiner Vision kann eine solche vorausdenkende Stiftung, will sie Wirkungsmacht erzielen und Leuchtkraft erzeugen, nicht vom Staat und den Regeln der öffentlichen Hand abhängig sein; sie muss von der Zivilgesellschaft im Verbund mit der Mutter-Partei getragen werden.

Freiräume zu schaffen, ist aber nicht nur eine Frage der Arbeits- und Gestaltungsbedingungen, sondern auch eine der Kultur einer Organisation, die – wie in dieser politischen Stiftung – in 50 Jahren entstanden ist, sich entwickelt und verfestigt hat. Ähnliches gilt für Unternehmen, bei denen allerdings der Veränderungsdruck – durchaus im Unterschied zu einer Stiftung – von Wettbewerb und vom Markt ausgeht und daher kräftiger weht.

Ein runder Geburtstag ist eine gute Gelegenheit, in die Reflexion über die eigene Zukunft nicht nur das äußere Gewand, die thematische Orientierung, sondern auch die schöpferische Zerstörung etablierter Formen und Strukturen im Schumpeter'schen Sinne einzubeziehen.

Herr Vorsitzender, ich gratuliere der Konrad-Adenauer-Stiftung zu ihrem 50-jährigen Bestehen. Ich wünsche ihr eine andere und gleichzeitig eine gute Zukunft. Das Land braucht sie.

Ich danke Ihnen.

\*\*\*



**Sperrfrist: Redebeginn!  
Es gilt das gesprochene Wort!**

**„Orientierung auf die Zukunft“**

## **Ansprache**

**Ministerpräsident a.D.  
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung  
Prof. Dr. Bernhard Vogel**

**Festakt „50 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung“  
Samstag, 5. November 2005, 11.00 Uhr  
Plenarsaal des Deutschen Bundestags, Bonn**



Sehr geehrte Damen und Herren,

...

„Ein Rückblick hat nur dann Sinn, wenn durch ihn die Ansätze künftiger Entwicklungen bloßgelegt werden und er damit der Zukunft dient“, so Konrad Adenauer, dessen Namen die Stiftung seit 1964 trägt.

In der Tat: Der Rückblick auf 50 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung soll Ansätze künftiger Entwicklungen bloßlegen, soll der Zukunft dienen, soll Impulse geben für die künftige Entwicklung der Stiftung.

Sie, verehrter Herr Bundespräsident, Sie, verehrte Frau Dr. Merkel, und Sie, verehrter Herr Dr. Schweickart, haben in Ihren Beiträgen wichtige Akzente für ein in die Zukunft gerichtetes Denken und Handeln gesetzt. Ihre Worte zum 50jährigen Stiftungsjubiläum sind – frei nach Kurt Tucholsky – „Grüße nach vorn“. Dafür sind wir Ihnen besonders dankbar. Der Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung besteht darin, die Zukunft – die Zukunft unseres freiheitlichen und demokratischen Gemeinwesens – zu ihrem Thema zu machen. 50 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung heißt vor allem Orientierung auf die Zukunft.

In einer gegenwartsfixierten Gesellschaft ist diese Aufgabe nicht einfach, aber um so notwendiger. Viele Menschen fühlen sich verunsichert: Sie wissen, dass sich vieles grundlegend ändern muss, wenn wir unsere bewährte Ordnung für die Zukunft wetterfest machen wollen, wenn Deutschland im internationalen Wettbewerb bestehen will, wenn wir neue Arbeitsplätze schaffen und den notwendigen Wandel unserer Sozialstruktur bewältigen wollen.

Die Menschen sind durchaus zu Veränderungen bereit, aber sie haben zugleich Angst vor der Zukunft. Der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen, Jochen Bohl, hat es anlässlich der beeindruckenden Weihe der Dresdner Frauenkirche am letzten Sonntag zutreffend gesagt: Weil derzeit „so etwas wie eine Angststarre auf dem Land“ liegt, braucht es nichts nötiger als einen „Wandel der Mentalitäten“ hin zu einer „Orientierung auf die geistliche Dimension des Lebens“.

Um so wichtiger ist es, Leitideen und Zukunftsvorstellungen zu entwickeln. Wer durch Täler führen will, muss die Gipfel vor Augen haben, den Weg zum Ziel kennen und über einen verlässlichen Kompass verfügen.

Warum wurde die Stiftung vor 50 Jahren gegründet? Warum hat sie sich aus sehr bescheidenen Anfängen mit einer Handvoll Beschäftigter zu einer großen, aus dem politischen Leben nicht mehr wegzudenkenden, weltweit engagierten Institution mit vielen Standorten und heute über 500 deutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und über 300 Ortskräften im Ausland entwickelt? Über welche Potentiale verfügt sie heute? Und welche Schlussfolgerungen für die Zukunft sind zu ziehen?

Vor 50 Jahren, am 20. Dezember 1955, traf sich hier in Bonn, im alten Bundeshaus, der ehemaligen Pädagogischen Akademie, im Dienstzimmer des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Heinrich Krone, ein Kreis von Persönlichkeiten, um einen Verein ins Leben zu rufen, der staatsbürgerliche Bildung auf christlich-demokratischer Grundlage vermitteln sollte.

Am 27. Januar 1956 wurde die „Gesellschaft für Christlich-Demokratische Bildungsarbeit“ unter der Nummer 1327 in das Vereinsregister beim Bonner Amtsgericht eingetragen: die Urzelle der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die um Heinrich Krone Versammelten – unter ihnen Bruno Heck und Konrad Kraske – wollten Zukunftssicherung und Zukunftsvorsorge: durch Festigung des demokratischen Gedankens in breiten Kreisen der Bevölkerung, durch Erziehung zur Demokratie. Sie wollten politisch interessierten Nachwuchs gewinnen und ihn für die Idee der christlich-demokratischen Bewegung begeistern, wollten ihn motivieren, Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu übernehmen.

Die Union stand im Zenit ihrer innen- und außenpolitischen Erfolge. 1953 hatte man die absolute Mehrheit der Mandate, 1957 sogar die absolute Mehrheit der Stimmen gewonnen. Die Bundesrepublik war in Folge der Pariser Verträge souverän geworden. Sie war der NATO beigetreten. Im September 1955 erreichte Konrad Adenauer die Freigabe der letzten zehntausend Kriegsgefangenen und Zivilverschleppten aus der Sowjetunion. Wirtschaftlich war ein Aufschwung ohnegleichen zu verzeichnen.

Trotzdem – trotz aller Erfolge – dachte man über den Tag hinaus. Die Gründer der Konrad-Adenauer-Stiftung sorgten sich, ob die die sozialen Schichten übergreifende und interkonfessionelle Volkspartei in der geistigen Auseinandersetzung mit materialistischen und sozialistischen Strömungen, mit dem Zeitgeist bestehen könnte.

Das Thema des ersten Seminars in Eichholz im Dezember 1956 galt der Sozialpolitik. Man dachte grundsätzlich, man wollte sich der geistigen Auseinandersetzung annehmen.

Der Gedanke, Politische Stiftungen im Umfeld der im Bundestag vertretenen politischen Parteien zu gründen, war neu, ungewöhnlich und kühn. Man wollte sicherstellen, dass die politischen Grundströmungen in der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigt und entsprechend vermittelt werden.

Man wollte die Nähe der Stiftungen zu den politischen Parteien, aber man wollte ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit. Angela Merkel spricht in ihrem Beitrag in der „Politischen Meinung“ von einem „besonderen Verhältnis, das durch Unabhängigkeit und Nähe gekennzeichnet ist“.

Man hatte die Erfahrungen der Weimarer Republik vor Augen und wollte nicht noch einmal ein Vakuum zwischen demokratischer Verfassung und distanzierter Bürgerschaft entstehen lassen. Der freiheitliche Staat soll Grundwerte nicht vorgeben, aber dafür sorgen, dass sie sich entfalten können und dass sie vermittelt werden.

Die Politischen Stiftungen – so hat es Roman Herzog formuliert – leisten „eine politische Arbeit, die aber ... von den Zwängen der Tagespolitik befreit ist. [Sie] erarbeiten langfristige Konzeptionen und tragen so zur Weiterentwicklung der Demokratie bei.“

Die deutschen Politischen Stiftungen sind Einrichtungen sui generis, in ihrer Form weltweit einzigartig. Sie geben für die Erfordernisse einer globalisierten und dynamisierten Welt ein Beispiel, das Schule machen sollte.

Ich glaube, es ist nicht vermassen zu sagen: Wären die Politischen Stiftungen nicht entstanden, wäre die Konrad-Adenauer-Stiftung nicht vor 50 Jahren gegründet worden, man müsste sie heute neu erfinden! Die Politischen Stiftungen bieten – gerade in der Verknüpfung ihrer vielfältigen Arbeitsbereiche – ein wertvolles Instrumentarium, die Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens unter veränderten Bedingungen politisch gestaltbar zu machen, sie tragen dazu bei, unsere Mitverantwortung für die europäische und die internationale Welt zu verwirklichen.

„Ausgangs- und Orientierungspunkt für die Konrad-Adenauer-Stiftung“, so heißt es in den Leitlinien der Stiftung, „ist das christliche Verständnis vom Menschen als Geschöpf Gottes in seiner Gleichwertigkeit, Verschiedenartigkeit und Unvollkommenheit. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität verpflichtet. Auf dieser Grundlage neuen Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden, ist wichtig für die Zukunft der christlich-demokratischen Bewegung in Deutschland, in Europa und vielen Ländern der Welt.“

Schrittweise haben sich nach 1955 die heutigen Aufgabenfelder der Stiftung entwickelt und sich den erheblichen Veränderungen in Deutschland, Europa und der Welt angepasst. Am Anfang stand die politische Bildungsarbeit, später ergänzt und verstärkt durch ein Institut für Kommunalwissenschaften (1970). Schon sehr bald begann die Stiftung, Entwicklungspolitische Aufgaben wahrzunehmen (1962) – zunächst vor allem in Lateinamerika. Die Studienförderung kam hinzu (1965), ein eigenes Institut für Sozialforschung entstand (1967), ein früher Vorläufer der heutigen Hauptabteilung „Politik und Beratung“. Eine weitere, für die inhaltliche Arbeit der Stiftung zentrale Einrichtung kam 1976 mit dem „Archiv für Christlich-Demokratische Politik“ hinzu, das auf Initiativen von Heinrich Krone und Helmut Kohl zurückgeht.

1978 beginnt die journalistische Nachwuchsförderung. Ende August dieses Jahres haben wir den Lokaljournalistenpreis zum 25. Mal verliehen, der öffentliches Bewusstsein schaffen soll für Leistung und Qualität im Lokaljournalismus.

Heute gewinnt unsere politische Bildungsarbeit eine neue Dimension. Ihre Inhalte müssen neu bestimmt werden. „Vorauswissen ist Macht“, sagt Robert Jungk. Es versetzt politisch Handelnde in die Lage zu wissen, was zu tun ist. Die Kenntnis der Realität, das frühzeitige Erkennen langfristiger Entwicklungen, die Bereitschaft zu Neuem setzt Nachdenken und Urteilsfähigkeit voraus.

Die politische Bildung muss Zukunftswissen vermitteln, Orientierung geben, Blockaden aufbrechen, Mitwirkung einüben, die geistige Bereitschaft wecken, sich mit den Grundfragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens auseinander zu setzen und christlich-demokratische Politik von den historischen und geistigen Wurzeln her zu begründen.

Sie muss sich darüber hinaus zwei gravierenden Problemen stellen: dem beträchtlichen Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit von Politik und der Verunsicherung der Menschen in einer Welt, die sich schnell und fundamental wandelt.

Die Bildungszentren Eichholz und Wendgräben, die internationale Begegnungsstätte Villa La Collina – inzwischen als nationale Gedenkstätte anerkannt –, die 16 Bildungswerke in Deutschland haben den Auftrag, quer durch alle soziale Schichten und Altersgruppen daran mitzuwirken, selbstbewusste Demokraten heranzubilden.

Die Begabtenförderung wird ihr 40jähriges Bestehen heute nachmittag in einer eigenen Veranstaltung begehen. Sie betreut zur Zeit circa 1.700 Stipendiaten, ein Viertel davon ausländische Studierende. Talente zu entdecken, sie zu fördern und sie auf die Übernahme von Verantwortung in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, in den Medien, in der Kultur vorzubereiten, ist aktueller und bedeutsamer als je zuvor. Demokratie braucht Eliten, Begabung verpflichtet.

Aus kleinen Anfängen hat sich eine beachtliche internationale Vernetzung entwickelt. 450 Altstipendiaten wirken als Professoren an Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen im In- und Ausland. Rund 30 Bundestagsabgeordnete, zehn Europaabgeordnete, Mitglieder des Bundesvorstandes der CDU, zwei amtierende Ministerpräsidenten, mehrere Landesminister, aber auch viele Kabinettsmitglieder in ausländischen Regierungen sind Altstipendiaten der Stiftung.

Dem designierten Bundeskabinett werden drei Altstipendiaten angehören. Weltweit haben wir inzwischen zehntausend Stipendiaten gefördert.

Talente entdecken und fördern wollen wir auch mit der Arbeit unserer Kulturabteilung. Die Autorenwerkstatt ist dafür nur ein Beispiel. Der Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung wird in diesem Jahr – wie immer in Weimar – zum vierzehnten Mal verliehen und hat längst über die Grenzen Deutschlands hinaus Ansehen erworben.

„Politik und Beratung“ bündelt Kompetenzen, entwirft Expertisen, denkt auf Vorrat und will ein „Frühwarnsystem“ für politische Entscheidungsträger sein, ein Relais zwischen Wissenschaft und Politik, zwischen Unternehmern und Gewerkschaftern, Kirche und Politik. Die Konrad-Adenauer-Stiftung will Ideen zusammenführen, Kontroversen austragen, Impulse geben, schöpferische Ideen weitertragen. Die Zusammenarbeit und der Austausch von Wissen mit kollegialen Einrichtungen, mit „Think Tanks“ in der ganzen Welt ist uns wichtig. „Ideen vernetzen“ möchten wir gerne als Markenzeichen beanspruchen.

Dafür drei Beispiele: die alljährliche Tagung „Medizin-Ethik-Recht“, auf der Grundsatzfragen interdisziplinär von Medizinern, Ökonomen, Juristen, Historikern und Theologen diskutiert werden. Oder: Indem wir Sozialethiker beider Konfessionen zu einem Gesprächskreis zusammenführen und eine neue Definition der Grundprinzipien der christlichen Soziallehre versuchen. Aber auch umfangreiche Projekte zur Zukunft der jungen Länder.

In der „Internationalen Zusammenarbeit“ wollen wir helfen, Konflikte zu vermeiden, den Menschenrechten und der Freiheit zum Durchbruch zu verhelfen, rechtsstaatliche Strukturen aufzubauen, in Diktaturen oppositionelle demokratische Kräfte unterstützen und sie auf die Regierungsübernahme vorbereiten. Unser Prinzip ist es, Institutionen und Organisationen in unseren Gastländern ein fairer Partner zu sein.

In Lateinamerika hat unsere internationale Arbeit begonnen. Heute wirken wir im gleichen Sinn stabilisierend und strukturbildend auch in Afrika und in steigendem Umfang in Asien. Vor allem der Dialog mit anderen Kulturen und Religionen rückt immer mehr in den Mittelpunkt. Ein besonderes Aufgabenfeld ist uns seit 1989 in den ostmitteleuropäischen Staaten, in Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion und inzwischen auch auf dem Balkan erwachsen.

Unser „Archiv für Christlich-Demokratische Politik“ dient seit 30 Jahren in wachsendem Umfang der Sammlung und Auswertung von Quellen für alle, die sich mit Zeitgeschichte befassen. 18 Kilometer Archivmaterial, 200.000 historische Aufnahmen, 20.000 politische Plakate – auch aus der Zeit der Weimarer Republik –, 1.500 Filme umfassen inzwischen unsere Bestände.

Wir wollen das Gedächtnis der christlich-demokratischen Idee sein. Dem dienen viele unserer wissenschaftlichen Publikationen. Allein die Reihe „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ hat seit 1980 46 Titel vorzuweisen. Zahlreiche Veröffentlichungen für ein breites Publikum kommen hinzu.

Wir wollen nicht zulassen, dass wir die Deutungshoheit über Begriffe verlieren, die Teil der Tradition und der politischen Erfolge der christlich-demokratischen Bewegung sind. Als Beispiel sei die Soziale Marktwirtschaft genannt, die inzwischen auch von ihren ursprünglichen Gegnern vereinnahmt wird und ihre klaren Konturen zu verlieren droht.

Auch der vorgestern zum vierten Mal verliehene Preis Soziale Marktwirtschaft – diesmal an einen erfolgreichen Mittelständler, Herrn Hans Bruno Bauerfeind, der nach der Wiedervereinigung in seine ostdeutsche Heimat zurückgekehrt ist und ein weltweit tätiges Unternehmen aufgebaut hat – soll in diesem Sinne ein Zeichen setzen.

Den Herausforderungen unserer Zeit gerecht werden, Orientierung auf die Zukunft heißt unser Auftrag. In allen unseren Arbeitsbereichen orientieren wir uns an den Grundwerten der christlich-demokratischen Idee. Sie in der Gesellschaft zu verankern, sie als Bezugspunkt für Identität und Zusammenhalt in einer Zeit einzubringen, in der sich vielerorts – in der Familie, in den Kirchen, in den Schulen, bei Forschung und Innovation: in der Biotechnologie zum Beispiel, in der Kultur, in den Kommunen, auch in den Volksparteien – das Verbindende abzuschwächen scheint, ist dies die übergreifende Stiftungsaufgabe.

Nicht Tagespolitik, sondern mittel- und langfristige gesellschaftspolitische Themen von grundsätzlicher Bedeutung sind das primäre Arbeitsfeld der Stiftung. Dazu gehören die Stärkung der Demokratie, die Soziale Marktwirtschaft und die internationale Kooperation. Das Vertrauen der Bürger in die Politik muss gestärkt werden. Die Stiftung muss sich noch deutlicher als bisher als eine profibildende und Entscheidung fördernde Kraft erweisen, als eine Kraft, die bürgergesellschaftliches Engagement für das Gemeinwesen stärkt.

Sie sucht die Auseinandersetzung mit den Grundfragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sie muss christlich-demokratische Politik von den historischen und geistigen Wurzeln her begründen.

Die Stiftung steht vor großen Aufgaben, aber gerade darum darf sie sich nicht übernehmen. Sie muss ihre Themen und die Schwerpunkte ihrer Arbeit mit Sorgfalt auswählen. Wir können einiges, wir trauen uns eine ganze Menge zu, aber manches können wir auch nicht, und manches können andere besser als wir.



50 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung ist die Aufforderung zu neuen Ufern aufzubrechen, der Zukunft zu dienen, Neues zu wagen, Grenzen zu überschreiten. Wer eine gefestigte Überzeugung hat, wer über eine lebendige Tradition verfügt, kann sich das zutrauen. Ich sehe hier im Saal viele, die diese Tradition im besten Sinne verkörpern, und viele, auf denen die Hoffnungen der Stiftung und der christlich-demokratischen Bewegung ruhen. Man muss sie alle ermutigen, die Zukunft Deutschlands entschlossen zu ihrer Sache zu machen.

Von Francis Bacon, dem englischen Philosophen, der in einer Zeit der Entdeckungen viel über Fortschritt und Erneuerung nachgedacht hat, stammt der Satz: „Die sind schlechte Entdecker, die denken, da sei kein Land, wo sie nichts sehen als Meer.“

Wer einen Kompass und verlässliche Karten hat, wer seetüchtige Schiffe hat und einen guten Steuermann – es kann auch eine Steuerfrau sein – sieht nicht nur Meer, sieht auch neue Ufer, sieht am Horizont ein modernes, leistungsstarkes, soziales und humanes Deutschland.

Deshalb sage ich zum 50. Geburtstag der Konrad-Adenauer-Stiftung: „Plus ultra“, weiter, darüber hinaus – mit vollen Segeln voraus.

Vielen Dank, dass Sie unsere Gäste sind!

\*\*\*



**Sperrfrist: Redebeginn!  
Es gilt das gesprochene Wort!**

### **Beitrag zum Forum 1**

**„Talente entdecken, Talente fördern –  
40 Jahre Begabtenförderung“**

**„Begabtenförderung als christliche Aufgabe“**

### **Redebeitrag**

**S.E. Dr. Mario Fernández  
Botschafter der Republik Chile**

**Festakt „50 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung“  
Samstag, 5. November 2005, 14.00 Uhr  
Plenarsaal des Deutschen Bundestags, Bonn**

In einer offiziellen Darstellung der Zielsetzung der Studium- und Promotionsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung ist folgendes zu lesen:

„Die Stiftung orientiert sich bei der Förderung von Stipendiaten an einem Verständnis vom Menschen, das durch christlich-demokratische Wert- und Ordnungsvorstellungen geprägt ist. Maßstab für die fachliche Qualifikation sind die zum Zeitpunkt der Bewerbung erbrachten und während der Förderung zu erbringenden Leistungen, die einen überdurchschnittlichen akademischen Abschluss erwarten lassen.

Zusätzlich legen wir Wert auf Persönlichkeitsmerkmale wie Aufgeschlossenheit für neue Fragestellungen, Mut zum eigenen Standpunkt, Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Fähigkeit zum Dialog und zum interdisziplinären Austausch.“

Zu ihrem 40jährigen Bestehen kann die Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung auf eine sehr positive Bilanz hinsichtlich der eingangs erwähnten Ziele zurückblicken. Nicht nur gab es in diesem Zeitraum annähernd 10.000 Stipendiaten – diese beeindruckende Zahl schließt annähernd 2.000 ausländische Stipendiaten ein –, sondern über die für eine Bewerbung geforderten Voraussetzungen haben diese Tausende von jungen Leuten in der Wissenschaft, in der Kultur, in der Politik und in der Sozialarbeit auf der Grundlage ihres christlich-humanistischen Idealismus gewirkt.

Ich persönlich habe das Privileg, ein Zeugnis dieses Beitrages der Konrad-Adenauer-Stiftung abzulegen und erlauben Sie mir, mich kurz auf diesen Punkt zu beziehen.

Am 05. September 1973 hat mir die Konrad-Adenauer-Stiftung in Santiago de Chile mitgeteilt, dass ich ein Postgraduiertenstipendium für die Bundesrepublik Deutschland erhalten hätte. Eine Woche später, am 11. September 1973, beendete ein Staatsstreich nicht nur die sozialistische Regierung Salvador Allendes, sondern brach brutal mit der langen demokratischen Tradition Chiles.

Abrupt veränderte sich das Bild meines Heimatlandes und damit auch die Motivation und die zwei Ziele, die mich dazu gebracht hatten, mich für das Stipendium zu bewerben: Die Promotion in den Politischen Wissenschaften als Weiterbildung im Rahmen meiner schon in Jura begonnenen akademischen Laufbahn und der Aufenthalt in der damals noch jungen Demokratie Deutschlands, um aus der Nähe die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Nachkriegszeit kennen zu lernen, sahen sich von einem Tag auf den anderen in Frage gestellt durch die neue Herausforderung, nämlich einer Diktatur in meinem Land zu begegnen und die Wiederherstellung der Demokratie und des zivilisierten Zusammenlebens der Chilenen mit vorzubereiten.

Trotz ihrer Dimension wurden diese Vorsätze erfüllt. Einerseits hatte ich das Privileg, als Mitglied der christdemokratischen Partei und später als Staatssekretär, Minister und Botschafter Protagonist des Übergangs zur und der Konsolidierung der Demokratie zu sein. Gleichzeitig konnte ich als Professor der Rechts- und Politischen Wissenschaften meinen wissenschaftlichen Beitrag in Chile leisten. Für beide Aufgaben spielte meine akademische Ausbildung in Heidelberg, die ich dank des Stipendiums der Konrad-Adenauer-Stiftung erhielt, eine sehr wichtige Rolle.

Meine Erfahrung ist denen einer ganzen Generation junger Chilenen und Lateinamerikaner sehr ähnlich, die in den 70er Jahren ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung erhielten. Von meinen Landsleuten haben alle Stipendiaten aus dieser Zeit Verantwortung in der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft übernommen. Sie waren Minister, Staatssekretäre, Abgeordnete, Rektoren, Dekane. Seit der Rückkehr Chiles zur Demokratie im Jahr 1990 sind vier der fünf Botschafter in Deutschland früher Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung gewesen.

Mit diesem persönlichen Zeugnis erlaube ich mir, zu diesem feierlichen Jubiläum drei Überlegungen über die Ziele der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung in unserer Zeit anzustellen:

- a) Die Gültigkeit der christlichen Werte zur Erhellung der Politik.
- b) Die Gültigkeit der christlichen Werte zur Erhellung der Wissenschaft.
- c) Die christliche Sichtweise des internationalen wissenschaftlichen Austausches.

### **1. Heutige Politik. Fortwährendes Christentum**

Kann es heutzutage eine christliche Sichtweise der Politik geben? Viele Zeichen stellen diese Fragestellung als eine Transformation unserer Zeit dar. Nicht nur der wachsende Laizismus, der sich in den modernen Staaten ankündigt, sondern auch der Relativismus, der die Moderne charakterisiert, tragen mit einem enormen Gewicht in den Kommunikationsmedien und in den Institutionen für Sozialisation dazu bei, die christlichen Prinzipien in eine Ecke mit Rückständigkeit und Nutzlosigkeit zu stellen. Nicht wenige Christen oder christliche Institutionen, die sich als solche bezeichnen, tragen im Namen eines falsch verstandenen Pluralismus oder einer falsch verstandenen Toleranz zu einer solchen Stigmatisierung bei. Tatsächlich sind die christlichen Werte Opfer der „Intoleranz der Toleranten“. Und das im Namen des Laizismus, der sich mit dem Verbot des Christentums als Voraussetzung einer toleranten Gesellschaft durchsetzen will. Oder besser gesagt, was für ein Paradox, der Tolerante ist der, der verbietet, was er als intolerant erachtet.

Leider beruht dieses gesamte kulturelle Konstrukt unserer Zeit auf dem schlimmsten Feind überhaupt: auf Unwissenheit. Unwissenheit im allgemeinen und Unwissenheit über das Christentum. Wie sagt doch ein Heiliger des 20. Jahrhunderts: „Es ist nicht wahr, dass ein Leben als guter Katholik und als loyales Glied der bürgerlichen Gesellschaft sich widersprechen, wenn sie ihre legitime, jeweilige Autorität zur Erfüllung der ihnen von Gott aufgetragenen Sendung ausüben.“

In anderen Worten drückt es der Vorsitzende des Evangelischen Kirchenrates Deutschlands, Bischof Huber, in einer seiner jüngsten Veröffentlichungen aus: „Die wechselseitige Unabhängigkeit von Staat und Kirche schließt Kooperation nicht aus, sondern ein.“

Besonders seit dem II. Vatikanischen Konzil und dem ökumenischen Geist, der sich in den letzten Jahrzehnten unter den Christen verbreitete, ist nicht nur die Teilung der religiösen und politischen Dimensionen klar, sondern auch die Existenz und Vertiefung der Toleranz zwischen verschiedenen Glaubensrichtungen und Gläubigen und Nicht-Gläubigen.

Daher ist das nicht das Problem; wer es aber so darstellen möchte, kann nur das Ziel verfolgen, Verwirrung zu stiften und der Debatte die Bedeutung zu geben, die Christen der Intoleranz beschuldigen zu wollen.

Sicher ist aber, dass die grundlegende Frage nicht ist, ob die christlichen Werte für das politische Leben gültig sind, denn darüber besteht kein Zweifel, sondern wie sich diese Gültigkeit in unserer Zeit ausdrückt. Diese Fragestellung betrifft im wesentlichen die Christen und bezieht sich auf das in der Konsequenz daraus folgende Thema: Nach seinem Glauben handeln.

Es ist einfach, in christlicher Sprache zu reden. Zu sagen, dass man auf der Suche nach Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ist, bedeutet das Aufzählen von Allgemeinplätzen, die niemand verneint und denen niemand widerspricht. Andererseits gehört die Debatte über die Wege und technischen Instrumente zur Erreichung all dieser Ziele zu der gesunden demokratischen Routine, Blickwinkel, Herangehensweisen, programmatiche Präferenzen oder persönliche Zugehörigkeiten gegenüberzustellen. Oder besser gesagt, rein rhetorisch und technisch gesehen ist es in den gegenwärtigen Zeiten möglich, Christ zu sein. Jedoch ist die Entsprechung im Bereich des korrekten Verhaltens nicht so klar. Im täglichen Leben in Übereinstimmung mit den christlichen Werten zu handeln, wird in dieser Epoche, die von den Darstellungen durch die Kommunikationsmedien und der Bemessung des „politisch Korrekten“ geprägt ist, auf die Probe gestellt. Wir sehen, wie das Alltägliche angesichts jener

Anforderungen an die Außenwirkung eine verschwommene Definition hat, bis sie frei von jeder epistemologischen oder religiösen Spur ist.

Daher prägt der Mangel an Glaubwürdigkeit die moderne Politik. Die Leute vertrauen keinen Politikern, die sagen, was sie nicht praktizieren oder an das glauben, was sie weder sagen noch praktizieren. Diese zeitgenössische Wesensart ist besonders bei den Christen stark ausgeprägt und ihre Überwindung ist eine zentrale Herausforderung für diejenigen, die wir von den christlichen Werten motiviert handeln.

Das ist eine neue Realität der letzten zwei Jahrzehnte. Im Europa der Nachkriegszeit und im Nordamerika der 60er und 70er Jahre war die Konsequenz klarer, sie wurde sogar als „Idealismus“ charakterisiert. Es lohnt heutzutage die Mühe, sich zu fragen, ob jener Idealismus derer, die Europa, die freiheitlichen Bürgerrechte und die Menschenrechte wiederherstellten, mehr Wert hatte als der in unseren Zeiten so moderne „Realismus“ oder der „Pragmatismus“.

Ich komme auf die Anforderungen an jene zurück, die sich um ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung bewerben: „...Verständnis vom Menschen, das durch christlich-demokratische Wert- und Ordnungsvorstellungen geprägt ist.“ Was bedeutet „geprägt“? Dies unterliegt einem Unterscheidungsmerkmal des Menschen, das ganz offensichtlich Teil seiner Seele, seines Geistes ist. Es wird nicht gefordert, dass dieser Mensch dies „annimmt“ oder damit „sympathisiert“, sondern dass er davon geprägt ist, was dem Familienleben, der Bildung, der Kirche, der Universität entspringt und dies in den Überzeugungen verankert ist.

Wie findet mal solche eine Prägung heraus? Eher als durch die beigebrachten Unterlagen oder durch die Erklärungen entnimmt man sie dem Verhalten. „Durch ihre Taten werdet Ihr sie erkennen“, sagt der evangelische Satz.

Ich möchte mir selbst antworten. Auf die Frage, die ich gerade formuliert habe: „Haben die christlichen Werte in der heutigen Politik Gültigkeit?“ Ja. Wie äußert sich diese Gültigkeit? Durch das Verhalten derer, die die Geschicke der Gesellschaft lenken wollen, aber vor allem durch das Verhalten jedes einzelnen bei seiner Aufgabe, die er Tag für Tag verrichtet. Paradoxerweise ist nichts konkreter und wirklicher als die Arbeit jedes einzelnen, die nach den christlichen Werten durchgeführt wird. Wie einmal gesagt, so „materialisiert sich das geistliche Leben“. Demnach ist es möglich, heute die christliche Herausforderung in der komplexen Welt, in der wir leben, zu anzunehmen. Gemäß der Lehren des Evangeliums hängt dies eher von der Bereitschaft und der Entscheidung zum Handeln als zum Reden ab.

## 2. Christentum und Wissenschaft. Die Freiheit als Bindeglied.

Kann man von einer christlichen Sichtweise in der Wissenschaft und in der Kunst sprechen? In der Welt von heute schiene diese Frage fehl am Platze zu sein. Man würde sagen: Das Wesentliche des wissenschaftlichen und künstlerischen Handelns ist die Freiheit und jedes Vorhandensein von Werten würde heißen, in dieses Handeln einzugreifen und wäre demzufolge nicht zulässig. Diese Aussage ist augenscheinlich zutreffend undbettet sich in Webers Tradition der „wertfreien Wissenschaft“ ein. Tatsächlich handelt es sich aber um eine Aussage voller Vorurteile. Die Freiheit jeder einzelnen Person befindet sich im Kern des Christentums und die Freiheit des Wissens und der Auslebung von künstlerischen Talenten sind Aspekte der Freiheit überhaupt. Daher gibt es nicht Christlicheres als die Auslebung der Freiheit, denn die menschliche Natur selbst ist das Maß, in dem sie sich ohne begrenzende Verzerrungen der Wahrheit und der Berichtigung ihrer Arbeit entwickelt. In einer religiösen Dimension tritt die Suche nach der Wahrheit, die die Aufgabe des Wissenschaftlers ist, der Wahrheit selbst gegenüber, bei der es sich um Gott handelt. Aber dies gilt für die Glaubenden. Andererseits fördert das Christentum den Respekt vor der Freiheit aller Menschen, was sich auch auf das akademische Leben bezieht. Die Universität ist für alle da; sie ist ein Ort des Studiums, der Freundschaft und des friedli-

chen Zusammenlebens von Menschen verschiedener Denkrichtungen, die immer den legitimen Pluralismus ausdrücken.

Hinsichtlich der Ziele liegt der christliche Sinn des Wissens, zusammen mit der freien Suche nach der Wahrheit, im Beitrag zum Allgemeinwohl. Die Freiheit birgt Verantwortung in sich und das in einem doppelten Sinn: Verantwortung für sich selbst, für die eigene Arbeit, und Verantwortung für die anderen, die Gesellschaft, das Allgemeinwohl. Der Papst Benedikt XVI., damals noch Professor Ratzinger, schrieb vor fast vier Jahrzehnten: „Christ sein bedeutet wesentlich den Übergang von Sein für sich selbst in das Sein füreinander.“ Dies gilt in seiner Gänze für die Bildungsaufgabe der Universitäten. Daher sollte sich die Begabtenförderung nicht nur an den guten Studienergebnissen der Stipendiaten und ihrem politischen und sozialen Engagements orientieren, sondern auch an dem gesellschaftlichen Nutzen ihrer universitären Qualifikation. Es geht nicht darum, zukünftige akademische und berufliche Egoisten zu fördern, sondern Menschen, die ihre Kenntnisse und Talente mit anderen, mit der Gesellschaft, mit dem Allgemeinwohl teilen.

### **3. Christentum, Globalisierung und akademischer Austausch.**

Gibt es eine christliche Sichtweise des internationalen wissenschaftlichen Austausches? Auch das scheint in unserer heutigen Zeit eine unangemessene Frage zu sein. Die Globalisierung sei neutral und daher würden all ihre Ausdrucksformen einer technischen Logik entsprechen – sei sie politisch, ökonomisch, humanitär oder rein wissenschaftlich. Die qualitativen Kriterien stützen sich auf horizontal von Religionen, Ethnien, Philosophien und Regionen beeinflussten Prinzipien. Es sind die in den internationalen Verträgen errichteten Prinzipien, die Zeugnis von einer pluralistischen und integrierenden Welt ablegen.

All das ist richtig. Aber es schließt nicht die Anerkennung einer christlichen Prägung dieses Phänomens aus, sowohl hinsichtlich seines Ursprungs als auch hinsichtlich seiner Praxis. Natürlich kennt die Bedingung der Würde des Menschen keine Grenzen. Hinter dem Euphemismus „Austausch“ steht das mächtige Prinzip, dass alle Menschen über die Unterschiede in der Physiognomie oder der unterschiedlichen Herkunft aus menschlichen Gebilden wie Staat, Nation oder regionalen Zusammenschlüssen hinaus gleich sind. „Alle Menschen besitzen eine gleiche Natur und einen gleichen Ursprung“. Außerdem ist „Austausch“ ein zunehmend anachronistischer Ausdruck in dem Maße, in dem die Mittel, derer sich die wissenschaftliche Kommunikation bedient, durch nationale Grenzen weder bestimmt noch beschränkt werden. Email und die zunehmend qualitative Gleichwertigkeit der wissenschaftlichen Institutionen in der Mehrheit der Länder reduzieren den Begriff „Austausch“ auf den nationalen formalen Ursprung der Wissenschaftler und Studierenden (für die zudem die nationale Identität eine immer unwichtige Rolle spielt). Kommen wir auf diesen Punkt der zunehmenden Gleichheit der Länder im wissenschaftlichen Bereich zurück.

Wenn im Ursprung des „Austausches“ – die wesentliche Gleichheit aller Menschen – eine christliche Prägung vorhanden ist, dann ist diese auch in dem Begriff „internationale Kooperation“ zu verzeichnen, hinter dem sich die bis vor zwei Jahrzehnten so wichtige Entwicklungshilfe verbirgt.

Die Enzyklika „Mater et Magistra“ von Papst Johannes XXIII. von 1961 plädierte für die Behandlung des Themas der Vielfalt der Völker auf internationaler Ebene anhand der Förderung von Vereinigungen und Institutionen, die denen der bereits auf nationaler Ebene existierenden ähneln sollten. Die Solidarität – und nicht das Interesse – ist der Wert, der eine internationale Hilfe aus christlicher Sichtweise erlaubt. In Übereinstimmung mit der Tugend der Solidarität beschränkt sich diese Hilfe nicht auf materielle Güter, sondern erfolgt anhand der „Übermittlung der spirituellen Güter“ in Richtung auf das Produkt der Wissenschaft und Kunst.

Als ich vor mehr als drei Jahrzehnten das Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung erhielt, waren Deutschland und Chile sehr unterschiedliche Länder. Chile war ein Entwicklungsland mit einer alten, partiellen und ausgelaugten Demokratie, die kurz davor stand, in sich zusammen zu sinken. Deutschland war bereits ein entwickeltes Land mit einer jungen und vitalen Demokratie und einer durch die

Siegermächte des Zweiten Weltkrieges noch beschränkten Souveränität. In der Politik war keines der beiden Länder perfekt, im sozioökonomischen Bereich wiesen sie jedoch enorme Unterschiede auf. Die Kooperation bzw. der damalige bedeutende akademische und wissenschaftliche Austausch war ganz klar die Hilfe eines reichen Landes für ein armes Land, eines stabilen Landes für ein Land in der Krise. Die Vergabe von Postgraduiertenstipendien war demnach eine weitere Dimension der Entwicklungshilfe wie sie in den 60er und 70er Jahren verstanden wurde.

In dreißig Jahren hat sich das internationale Szenario tiefgehend verändert. Die Unterschiede zwischen den Ländern und besonders zwischen den einzelnen Sektoren in den Ländern, unter anderem im wissenschaftlichen Bereich, sind geschrumpft. Die „Zweite Welt“ verschwand und die „Dritte Welt“ wurde durch die sogenannten Schwellenländer ersetzt, die sich in ihrer Entwicklung teilweise der „Ersten Welt“ angeglichen haben. Heute ist für einen Absolventen einer guten chilenischen Universität die Realität in den Vereinigten Staaten oder in Europa nicht mehr etwas so Fremdes, besonders nicht hinsichtlich der Infrastruktur und des Zugangs zu Spitzendaten in jedem Studienfach. Das Gleiche geschieht in seiner Umgebung mit dem alltäglichen Entwicklungsstand des Lebensstandards. Andererseits bringt die demokratische Normalität und die sozioökonomische Entwicklung in Chile ein neues Szenario für die Bewerber von Stipendien im Ausland mit sich. Es gibt weder einen Grund, das Land zu verlassen, noch dafür, sich darauf vorzubereiten, das politische System zu verändern. Die Verbesserung unseres Universitätsniveaus beschränkt das Interesse am Studium im Ausland auf bestimmte Bereiche und bestimmte Orte (Länder oder Universitäten), deren Umsetzung in Chile sich wiederum auf konkretere Vorhaben als die für meine Generation vor drei Jahrzehnten vorhandenen beschränkt.

Der Dienst an der chilenischen Gesellschaft, den man sich bei der Rückkehr des Stipendiates erhofft, ist weniger global, ist präziser, was positiv ist, aber er ist weniger politisch oder sozial. Die jungen Chilenen treten in sehr viel geringerem Maße den politischen Parteien und sozialen Organisationen bei und arbeiten stärker an privaten, sehr oft individuellen, Vorhaben. Der Begriff des „Dienstes“ in christlichem Sinne ist heute nicht unbedingt geringer, aber es ist ganz anders. Früher vergab die Konrad-Adenauer-Stiftung Stipendien an gute Studierende christlichen Glaubens, die in ihre Länder zurück kehrten, um leitende Verantwortung in der Politik, der Wirtschaft oder der Kultur und Wissenschaft zu übernehmen. Die Rückkehrer setzten ihre in Deutschland gemachten Erfahrungen in der weitreichenden Orientierung der Gesellschaft und sogar in ihrer Transformation um. Heute müssen sich die Hoffnungen auf konkretere, reduziertere und individuellere Ziele beziehen, obwohl diese Ziele in dem Kontext, in dem wir leben, nicht weniger wichtig sind.

### **Schlusswort**

Nach vier Jahrzehnten des internationalen Stipendienprogramms der Konrad-Adenauer-Stiftung kann eine sehr positive Bilanz gezogen werden. Ich gehöre einer Generation von Lateinamerikanern an, deren Werdegang Zeugnis dieser Bewertung ablegen kann. Nicht nur wurde der Zweck erfüllt, zur Entwicklungshilfe und zur internationalen wissenschaftlichen Kooperation beizutragen. Vor allem wurde das Hauptziel einer grundlegenden christlichen Tugend erfüllt: die Solidarität. Wiederholen wir noch einmal den Satz des damaligen Professors Ratzinger: „Christ sein bedeutet wesentlich den Übergang von Sein für sich selbst in das Sein für einander.“

\*\*\*



## Bildliche Impressionen



Früherer neuer Plenarsaal



Prof. Dr. Bernhard Vogel empfängt  
Frau Dr. Angela Merkel und Bundespräsident  
Prof. Dr. Horst Köhler



Fotos: Harald Odehnal, KAS



## Die Redner



Prof. Dr. Horst Köhler



Dr. Angela Merkel MdB



Dr. h.c. Nikolaus Schweickart



Prof. Dr. Bernhard Vogel



## Die Foren





## Im Plenum



v.l.n.r.: Frau Dr. Merkel, Prof. Dr. Vogel, Prof. Dr. Köhler



v.l.n.r.: Frau Dr. Merkel, Prof. Dr. Vogel, Prof. Dr. Köhler, Dr. Schweickart



## Jubiläumsrevue



„Extra Energie“ verleiht dem Abend Flügel



Eckart von Hirschhausen, der Arzt, dem die Zuschauer vertrauen



Anka Zink



Christiane Weber